

„Über Anfangsgehälter beim Staat reden“

Zu einem Happening besonderer Art hatte die „Confédération Luxembourgeoise du Commerce“ gestern im Anschluss an ihre Generalversammlung geladen. Vor vollen Rängen im großen Saal der Handelskammer stellte sich Premier Juncker den Fragen der clc-Führungsräte. Bei der erfrischend anderen Konferenz mit dem Titel „Quelles visions pour le Luxembourg à l'horizon 2011“ prasselten gleich vier verschiedene Fragenblöcke auf den Staatsminister herunter, der bei der Veranstaltung mit seinem Mittelstandsminister Fernand Boden angetreten war.



Zu Gast bei Freunden: Jean-Claude Juncker stellte sich den Fragen der clc-Vorstandsmitglieder

Photo: F. Aussems

Tripartite verteidigt

Einer der Aufhänger war natürlich die Tripartite-Beschlüsse, die clc-Präsident Erny Lamborelle allerdings erst ganz zum Schluss anschnitt. Auf die Frage nach der Legitimität der Tripartite, die bekanntlich seit Jahren in der Kritik steht, da die demokratisch gewählte Abgeordnetenkammer quasi keine andere Wahl hat, als die Entscheidungen der Sozialpartner abzuzicken, entgegnete Juncker, dass es im Hohen Haus beispielsweise unmöglich gewesen wäre, eine Indexmodulierung herbeizuführen. Schließlich hätten die meisten Parteien in ihren Wahlprogrammen am Indexmodell festgehalten.

Juncker zeigte sich übrigens überrascht, dass sich die Bürger nun nicht über die „Indexmanipulierung“ aufregten, sondern eher über die Autosteuer, die selbst nach der Heraufsetzung weit unter dem läge, was man den PkKW-Besitzern im Ausland abverlange.

Erny Lamborelle kam ebenfalls auf den nötigen Mentalitätswechsel

bei den Luxemburgern zu sprechen, die sich mehr und mehr zu einer „Vollkaskogesellschaft“ entwickelten, ganz nach dem Motto: sichere Stelle beim Staat und absolute soziale Absicherung ohne Risiko. Der Feststellung pflichtete der Premier bei: „Wenn wir sagen ‚Mir wolle bleibe wat mir sinn‘, meinen wir meist ‚mir wöllen hale wat mir hunn‘“. Beispiel Renten: sie seien in den letzten Jahren ständig gestiegen, meinte Juncker.

Der hohe Standard allerdings könne nur dadurch aufrecht erhalten werden, weil der Staat massiv in die Pensionskassen einzahle. So hätten die Rentner hierzulande wirklich am besten, befand der Premier; allerdings müssten sich die nachfolgenden Generationen darauf einstellen, länger zu arbeiten um den Standard halten zu können. Der Staatsminister hatte die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bekanntlich bereits im Oktober 2005 in die Diskussion geworfen: „früher waren wir früher aktiv, heute werden wir später aktiv und arbeiten weniger lang. Und ver-

langen auch noch, dass der Staat das bezahlen soll. Das funktioniert nicht mehr“, so der Premier, der sich ebenfalls Sorgen darüber macht, dass der Privatsektor jetzt schon über 60% Nicht-Luxemburger beschäftigt, zum Teil weil die Einstiegsgehälter in der öffentlichen Funktion attraktiver seien. „Wir müssen darüber diskutieren“, so Juncker, der seinem Mittelstandsminister Recht gab, im Dezember eine Debatte über die Anfangslohnung beim Staat losgetreten zu haben. Bekanntlich wehrt sich die CGFP vehement gegen ein solches Vorhaben.

Weitere Fragenblöcke drehten um das bei der Tripartite festgehaltene Ziel, Luxemburg zum Einkaufszentrum der Großregion zu machen. Zwar sei man sich noch nicht eins über die Finanzierung der beschlossenen 6-Millionen-Euro-Marketing-Kampagne in diesem Rahmen, so Juncker, doch suche man bereits eifrig nach Lösungen, um die Kaufkraft aus der Großregion endlich ins Niedrig-TVA-Land Luxemburg zu locken. A propos TVA: der Normalsatz

von 15% werde nicht nach oben angepasst versprach der Premier, obwohl das insbesondere für Finanzminister verlockend sei. Bei den reduzierten Sätzen könne er das allerdings nicht versprechen. Bekanntlich hat die Tripartite beschlossen, den Mehrwertsteuersatz auf liberalen Dienstleistungen von 12 auf 15% zu erhöhen.

Gegen Verlängerung der Öffnungszeiten

Der clc-Forderung zur Verlängerung der Öffnungszeiten ertheilte Juncker wiederum eine klare Absage. Allerdings werde er sich dafür stark machen, dass der Handel in Zukunft keine Aufpreise für Lieferverträge beispielsweise aus Belgien zahlen muss. Deshalb habe er bereits seinen Wirtschaftsminister gebeten, das Problem bei den europäischen Konkurrenzautoritäten aufzuwerfen. Der Premier setzt auf einen „Mix zwischen Kommerz und Kultur“, aber auch auf den sich derzeit in der Erstellung befind-

lichen Preisvergleichsindex in der Großregion, um mehr Verbraucher nach Luxemburg zu locken.

Ein weiteres Diskussionsfeld war die Logistik, die Juncker bekanntlich bereits in einzelnen Reden als zentralen Zukunftsbereich definiert hatte. Laut Premier müsse man derzeit auf zahlreiche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verzichten, weil man auf dem Luftfrachttumschlagplatz Findel, die Waren immer meist nur weiterverschicke anstatt sie an Ort und Stelle abzufertigen. Für Nachflüge ließ sich der Premier nicht gewinnen, wohl aber für die maximale Auslastung der Flugtransportzeiten am Taxe. Zur Verfügbarkeit von geeigneten Grundstücken für den Ausbau der Logistikbranche fielen Juncker die nun frei werdenden Lager der WSA in Düdelingen ein; ausreichen würde das verkehrstechnisch optimale Areal selbstverständlich aber nicht.

Wenig beizufügen hatte der Staatsminister zu den Klagen der clc über die dürftigen Verbindungen zu den internationalen Datenautobahnen sowie die verhältnismäßig hohen Preise für Internetanbindungen in Luxemburg. Der Premier verwies dabei auf Kommunikationsminister Schiltz, der in diesen Dossiers besser Bescheid wisse. Und sicher auch bei der großen Konferenz über die Zukunft der Informationsgesellschaft zugegen sein wird, die die clc für das erste Trimester 2007 geplant hat. Sie wird übrigens im September 2006 eine nationale Konferenz über die Logistikbranche ausrichten. Die clc zählt 53 Föderationen mit 10.000 Unternehmen und rund 50.000 Arbeitsplätzen. Ihre Mitglieder generieren 20% des Bruttoinlandsprodukts.